

Antrag Nr. 12-O-02-0009

Lebenswertes Westend:

Betreff:

Einladung Klinikdezernent Arno Goßmann

Antragstext:

Antrag der Fraktion Lebenswertes Westend:

Zur nächsten Sitzung des Ortsbeirates wird der Klinikdezernent Arno Goßmann eingeladen. Dieser soll den Ortsbeirat darüber informieren, wieso die 49 % Anteile an der HSK an die Rhön Klinikum AG verkauft werden und nicht z.B. an einen anderen Konzern. Auch möchte der Ortsbeirat erfahren, wieso ausgerechnet bei der HSK-Teilprivatisierung all die negativen Erfahrungen, die sowohl Patienten als auch Mitarbeiter bei den anderen Kliniken des Konzerns erfahren, nicht auch in der HSK gemacht werden müssen.

Begründung

Vor Jahren wurde die Uniklinik Marburg-Gießen vom Land Hessen an den börsennotierten Klinikkonzern Rhön Klinikum AG verkauft, um die alljährlichen Millionendefizite loszuwerden. Durch diese Privatisierung wurde das Land Hessen von einer drückenden Schuldenlast befreit. Inzwischen macht das Universitätsklinikum Marburg-Gießen Gewinne; 2009 stieg der Umsatz um ein Zehntel, der Gewinn wurde gar verdoppelt.

Wie geht das? Es ist die Orientierung weg von der Nachfrage und weg von den Bedürfnissen der Patienten hin zum gewinnbringenden Angebot. Nur die Bereiche werden weiter ausgebaut, in denen die Bezahlung stimmt. Wo kein Geld verdient werden kann, wird nicht mehr investiert. So muss davon ausgegangen werden, dass z.B. die zusätzlichen Angebote für Krebspatienten gestrichen werden.

Die Klagen der Patienten nicht nur in Marburg und Gießen, sondern auch in den anderen Kliniken des Konzerns, nehmen stetig zu. Wer im Internet recherchiert, findet viel Negatives. Noch gibt es in Marburg und Gießen Ärztinnen und Ärzte, die für ihre Patienten an die Öffentlichkeit treten und die seit der Privatisierung schlechtere medizinische Versorgung anprangern. Die Rhön Klinikum AG hat sich gerade 500 Millionen Euro auf dem Kapitalmarkt besorgt. Sie kann nun auf eines ihrer nächsten Opfer lauern: Die HSK Wiesbaden.

Deshalb lehnen wir als Stadtteilgruppe „Lebenswertes Westend“ generell eine Privatisierung auch in Teilen ab, weil dadurch eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung der Wiesbadener Bevölkerung anstehen würde. Für die Beschäftigten werden sich vermutlich ab der Privatisierung die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtern. Ab 2015 werden sie wahrscheinlich finanziell ähnlich dastehen, wie die Beschäftigten der Asklepiosklinik.

Wiesbaden, 23.01.2012